

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Kretschmer, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altsadt.

Abonnementpreis einschließlich Fringerlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 55,00 M., Einzelnummer 2.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8spaltige Komposition 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 8spaltige Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 R.

Nr. 157

Dresden, Sonnabend den 8. Juli 1922

33. Jahrg.

Die Demokratisierung in Sachsen

Polizeipräsident Grille von seinem Posten enthoben

Auf Beschluß des Gesamtministeriums ist der Dresdner Polizeipräsident Dr. Grille von seinem Posten enthoben worden. Ueber seine anderweitige Verwendung wird noch Beschluß gefaßt werden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Dresdner Polizeipräsidenten ist der Erste Staatsanwalt Dr. Thomas, bisher Hilfsreferent im Justizministerium, beauftragt worden. Außerdem sind aus dem Dresdner Polizeipräsidenten vertrieben worden: Oberregierungsrat Adler v. d. Planitz, und die Regierungsräte v. Römer, und v. Schönberg-Rothschönberg, letzterer an die Amtshauptmannschaft Löbau. Sie werden ersetzt durch Regierungsrat Dr. Oker von der Amtshauptmannschaft Löbau, Regierungsrat Dr. Busch, bisher Hilfsreferent im Ministerium des Innern, und Regierungsrat Dr. Schubert von der Amtshauptmannschaft Kamenz. Regierungsrat v. Römer wird an die Amtshauptmannschaft Kamenz verlegt. Die politische Abteilung des Polizeipräsidenten ist, wie bereits gemeldet, nunmehr dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellt und ihre Leitung an Stelle des zur Amtshauptmannschaft Dresden-Königsbrunn verlegten Regierungsrats Groß dem Staatsanwalt Dr. Wacker, bisher in Leipzig, übertragen worden. Ferner ist an Stelle des Oberregierungsrates Dr. Gärner der Oberregierungsrat Georg Schulte für die Leitung des Personalamtes in Aussicht genommen.

nicht an den subjektiven Willen Bayerns, die Hemmungen aus dem Wege zu räumen. Aber diesem Willen ist der Erfolg verweigert worden. Neben begründet die gemeinsamen sozialdemokratischen Anträge. Wir haben nicht das Vertrauen, daß die Berufsrichter innerlich so auf dem Boden der Republik stehen, daß wir drei Reichsgerichtsräten und nur vier Laienrichtern die Fällung des Urteils überlassen könnten. Alle Fäden der Vorgerichtshöfe laufen in Berlin und nicht in Leipzig zusammen. Deshalb muß der Staatsgerichtshof in Berlin sein. Wenn noch ein Schuß fällt, dann gibt es kein Halten mehr, dann kommt es zum milden Durcheinander. Für uns ist die neu zu erlassende Stellung des Staatsgerichtshofes die beste Vorbedingung zu einer Zustimmung des Reichstages. Deshalb gälte es, ernsthaft zuzugreifen.

Justizminister Radbruch weist in juristischen Ausführungen die geschliche Unmöglichkeit des Erfolges nach. Der Minister ist für Leipzig als Sitz des Staatsgerichtshofes. Das Reich muß einen starken juristischen Einschlag haben, deshalb dürfe das Laienelement nicht zu stark sein. Der Justizminister hält einen besonderen Reichskommissar als Ankläger nicht erforderlich.

Abg. Sahl (D. Sp.) will kein Volksgericht und vertritt diesen Standpunkt in langen durchgehenden Ausführungen.

Abg. Hoffmann (S. P. D.) tritt den Rednern der bayerischen Regierung entgegen. In der jetzigen Lage des Reiches handelte es sich um Notwehr und da konnte nicht so sehr Rücksicht auf Eigenheiten eines einzelnen Staates genommen werden.

Bremen als Hort der Reaktion

Eigene Drahtmeldung

Bremen, 8. Juli. Die Bürgerfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. haben an das Reichsministerium folgendes Telegramm gefaßt:

Der reaktionäre, aus bürgerlichen Parteien gebildete Senat hat bisher keinerlei Ausführungsbestimmungen zur Ausführung des Reichspräsidenten erlassen. Kein einziger monarchistischer oder rechtsreaktionärer Verein ist aufgelöst worden, auch die Organisation Consul, Stahlhelm, Bund der Gelehrten, Einwohnerwehrgesellschaften nicht. Bekannt ist, daß im benachbarten Staate aufgelöste Vereine von bremischen Organisationen unterstützt werden und unter bremischen Bezeichnungen in preussischen Orten verbotene Veranstaltungen abhalten. Waffenfundus in Bremer Backhäusern beweisen, daß die reaktionären Vereine auch über große Waffenmengen verfügen. Diese reaktionären Treiben gefährden Bremens wirtschaftliches Interesse. Unterzeichnete Landtagsfraktionen fordern sofortiges Eingreifen der Reichsregierung.

geg. Bürgerfraktionen der S. P. D. und U. S. P.

Umgruppierungen

Die Deutsche Volkspartei hat auf die Anfrage der Demokraten und des Zentrums geantwortet, daß sie zum Eintritt in eine Regierung auf republikanischer Grundlage bereit sei. Dieser Briefwechsel scheint in der Phantasie bürgerlicher Politiker reichliche Unklarheit erzeugt zu haben. In einem Teil der bürgerlichen Presse erscheinen Berichte, die von Zerwürfnissen zwischen U. S. P. und S. P. D., Annäherung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Gedanken der Regierungserweiterung nach rechts und anderen Kombinationen zu fabeln wissen. Ist es so schwer, gewisse unabänderliche Tatsachen der Lage zu erkennen? Oder sollen durch solche Phantasien jene Stimmungen und Bestimmungen erzeugt werden, die unsre Gegner dem sozialistischen Lager wünschen? Wir geben hier einen Situationsbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes wieder; er drückt die in unsrer Reichstagsfraktion herrschende Meinung aus und deckt sich mit der Auffassung, die wir gestern schon an dieser Stelle äußerten.

Die Schiffe, die am 24. Juni im Grunewald fielen, habentiefgreifende Veränderungen im wirtschaftlichen wie im politischen Leben ausgelöst, die noch nicht abgeschlossen sind, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Die wirtschaftliche Fieberkurve zeigt der Dollarkurs. Die politische Fieberkurve zeigen die Tumulte in einzelnen Städten, die stürmischen Vorgänge in den Parlamenten. Eine Bewegung ist in Gang gekommen, von der man heute noch nicht weiß, ob sie bald wieder zum Stillstand kommen oder in einem Bergsturz endigen wird.

Auch die beiden Reichsparteien werden von der politischen Erregung schwer durchgelandgeschüttelt. In beiden bestehen zwei Flügel, die hart miteinander ringen. In der Deutschnationalen Partei ist es die kleine Gruppe um Düringer, Hoersch und Sambach, die, durch die Enthüllungen der letzten Zeit aufs furchtbarste überrascht, jetzt entschlossen zur Seite stehen, aus der Nordatmosphäre ihrer bisherigen Parteizugehörigkeit hinauszutreten. Die große Mehrheit der Partei will die Verbindung mit den Völkischen aufrecht erhalten, wohl wissend, daß ohne diese die ganze Partei in nichts zerfällt. Hier ist also zunächst höchstens mit kleinen Abspaltungen zu rechnen, aber was zurückbleibt, ist in sich doch so zerrissen und zerflüftet, daß weitere Kämpfe mit der Tendenz zur Spaltung nicht ausbleiben können. In der Deutschen Volkspartei hat der linke zu den Demokraten neigende Flügel durch das Astenat auf Rathenau an Kraft gewonnen. Der rechte Flügel, der augenblicklich in der Minderheit ist, steht im wesentlichen auf deutschnationalem Boden. Zu ihm gehört jener Herr Quack, dessen Kritik der Außenpolitik seinerzeit von Rathenau als indirekte Nordbege gekennzeichnet worden war. Sogenannte „böckische“ Elemente gibt es nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch in der Deutschen Volkspartei, ja, diese rühmen sich sogar, dort ebenso stark und einflußreich zu sein, wie bei der noch weiter rechts stehenden „Schwesterpartei“. Hier sind es wieder die Kardorff, Heine, v. Raumer und andre, die eine ähnliche Rolle spielen, wie bei den Deutschnationalen die Düringer und Genossen. In einer böckischdurchseuchten Partei werden sie kaum noch sehr lange bleiben können.

Im Zusammenhang mit diesen Umgruppierungen muß das Angebot der bürgerlichen Koalitionsparteien an die Deutsche Volkspartei, in die Regierung mit einzutreten, betrachtet werden. Die bürgerlichen Koalitionsparteien bezwecken damit zweierlei:

1. wollten sie einen Gegenzug führen gegen den taktischen Zug der Sozialdemokratie, die die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung aufforderte; 2. wollten sie wohl auch den linken Flügel in der Volkspartei durch dieses Wandern stärken. Jedenfalls werden sie sich aber selber sagen, daß bei diesem Schritt etwas Praktisches gar nicht herauskommen kann.

Es gibt bei den Volksparteilern wohl einige Leute, die uns lieber sein können als manche Zentrumsleute und manche Demokraten. Die Partei als Ganzes aber bekennt sich noch immer programmatisch zur Monarchie, und sie hat bis in die letzte Zeit hinein die auswärtige Politik Rathenaus und Birchs geradezu fanatisch bekämpft. Im Gegensatz zu den Unabhängigen, die, ohne selber in der Regierung zu sitzen, dieser doch so stemlich aus jeder Verlegenheit, soweit sie konnten, heraushalfen, haben die Volksparteiler der Regierung, wo und wie sie konnten, die größten Schwierigkeiten bereitet. Im Gegensatz zu den Volksparteilern, die sich offen als Monarchisten bekennen, sind doch die Unabhängigen zweifellos entschiedene Republikaner. Und wenn man damit kommt, daß die Unabhängigen ja nicht die demokratische Republik, sondern letzten Endes „die Räterepublik“ wollten, so ist das weiter nichts als eine taktische Finte, denn jedermann weiß, daß die Unabhängigen von ihrem Rätebeamtentum gränzlich geteilt und in schärfsten Gegensatz zu den Kommunisten geraten sind — die

Um den Staatsgerichtshof

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 8. Juli. Die am Freitag nachmittags abgebrochene Debatte über den Staatsgerichtshof wurde am Sonnabend im Reichsausschuß fortgesetzt.

Mosenfeld (U. Sog.) wendet sich gegen den bayerischen Minister Hamann, der sich in schroffer Weise für die bayerischen Eigenheiten ins Zeug gelegt hat. Wie Levi, so wirft auch Mosenfeld Bayern Sabotage des Reichsgedankens vor. Werdezu für unmöglich hält der Redner, daß, wie nunmehr feststeht, der vom Genossen Hoffmann erwähnte Erfolg des bayerischen Ministers des Innern tatsächlich ergangen sei. Deshalb verlangt Mosenfeld, daß der Sitz des Staatsgerichtshofes sich in Berlin befinden soll. Offentlicher Kläger soll nicht der Reichsanwalt, sondern ein zu ernennender Reichskommissar sein. Der Reichskommissar soll die Richter des Staatsgerichtshofes ernennen, deren Zahl sieben sein soll und von denen einer Mitglied des Reichsgerichts zu sein hat. Die übrigen sind als Laienrichter gedacht.

Abg. Biffell (S. P. D.): Ich betrachte durch das Auftreten des Ministers Hamann die Situation für so verwickelt, daß die Frage zu stellen ist, ob Bayern den Reichstag will oder nicht. Ich zweifle

Poincarés Kriegsschuld

Poincaré hat es bisher vermieden, auf die Beschuldigungen derjenigen einzugehen, die ihn als einen der Hauptschuldigen am Kriege bezeichnen und auf das Material aus den Archiven der früheren zaristischen Regierung hinweisen. Poincaré wußte, was er tat, und er wußte, weshalb er vor zwei Tagen eine Kriegsschulddebatte in der Kammer veranstaltete. Vor dieser Kammer mit ihrer nationalistischen Mehrheit steht es von vornherein fest, daß es ein mit der Kriegsschuld beladenes Frankreich nicht gibt. Und so hätte man denn die Reden der kommunistischen Anführer Vaillant-Couturier und Marcel Cachin mit ironischer Gelassenheit an, soweit es Poincaré für möglich hielt, sie durch Zwischenbemerkungen zu beleben, um die Äußerungen durch überlauten Privatunterhaltungen der Öffentlichkeit zu zeigen, wach Maß von Interesse die französische Kammer diesem Thema entgegenbringt.

Belegter wurde die Szene, als die Verteidiger auf den Plan traten. Viviani, der die Hauptschuld am Kriege „Deutsch-Italien“, wie er sich weniger objektiv als vorsichtig ausdrückte, in die Schuhe schob und den Vertrag von Versailles die magna charta des französischen Rechts nennt, wird gleich zu Beginn seiner Ausführungen lärmend begrüßt. Eine Anzahl Abgeordneter umarmen ihn. Poincaré verläßt seinen Ministerplatz, um ihm die Hände zu schütteln und ihn gleichfalls in seine Arme zu schließen. Man bestaunt, Vivianis Rede in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich auszuschlagen. Damit ist eigentlich bereits alles gesagt, und die Schlußrede Poincarés, wie immer sie auch ausfallen möchte, war ihres Erfolgs sicher, und es war selbstverständlich, wenn die Kammer nach Beendigung der Aussprache der Regierung mit 532 gegen 88 Stimmen ihr Vertrauen aussprach. Poincaré hat es, soweit die vorliegenden Berichte einen Schluß zulassen, vorgezogen, an den heißen Punkten vorsichtig vorbeizugehen, wie es für die Art seiner Verteidigung bezeichnend ist, daß er, von Cachin in die Enge getrieben, den Sitzungssaal verließ. Seine Argumente in der Kriegsschuldfrage sind anderer Art. Der Versaillesvertrag, so folgert er, beruht auf dem Willen seiner Urheber auf einem moralischen Gedanken und nicht nur auf dem Sieg der Waffen. Er baut sich auf der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg auf. Beide französischen Kammern haben dieser Auffassung einstimmig zugestimmt. Außenminister Simons habe in London die Schuldfrage noch einmal aufrollen wollen, auf das Ultimatum hin hätten daraus, sowohl die deutschen Unterhändler wie die baltische Konferenzversammlung die Verantwortlichkeit ein

zweites Mal auf sich genommen. Die Kriegsschuldfrage sei aber vollkommen geklärt.

Das ist mit brutaler Deutlichkeit gesprochen. Die Moral, von der hier die Rede ist, heißt Gewalt und Zwang. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, ist über die Frage der Kriegsschuld allerdings kein Wort mehr zu verlieren. Aber wir wissen, daß das objektive Forum der Geschichte die Untersuchung nach andern Gesichtspunkten führt, wir wissen, daß vor diesem Forum, das einen größeren und gewichtigeren Sphärenkreis hat als den nationalen Kammerklub Frankreichs, die Frage nach der Kriegsschuld Deutschlands am Kriege als einseitig abgelehnt wird. Wären die Verantwortlichen auch weiterhin aus Zweckgründen ihre lächerliche Unschuldsmaske beibehalten, die Wahrheit kann heute durch geschickte Kammerspiele nicht mehr verbunkelt werden.

Das Vertrauensvotum hatte folgenden Wortlaut: Die Kammer weist mit Entschiedenheit und Verachtung die Verleumdung als Lüge zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert und entwickelt worden ist, um Frankreich die Verantwortlichkeit für den Krieg auszubilden, entgegen den offenen Tatsachen und den Eingeständnissen, wie sie im Versailler Vertrag niedergelegt und in der Sitzung des Reichstags vom 10. Mai 1921 bestätigt worden sind.

Die Untersuchung gegen die Würderbanden

Ueber die Ermittlungen der Abteilung Ia der Berliner Polizei verbreitet der Vorwärts eine Korrespondenzmeldung, laut der der in Düsseldorf verhaftete Ingenieur Kauerz in Berlin eingehend verhört worden ist. Er bestritt, vom Nordanschlage gegen Rathenau irgendwelche Kenntnis gehabt zu haben. Durch umfangreiche Zeugenvernehmungen ist aber ermittelt worden, daß er doch darum getrachtet hat. Der in Oldenburg verhaftete antisemitische Verlagsbuchhändler Albert Grenz ist eine Kriebsfeder beim Anschlage auf Harden gewesen. In Groß-Berlin ist jetzt alles aufgeklärt. Im Reich dagegen ist noch viel Arbeit zu verrichten. Als Verhafteten werden nach Berlin gebracht. Bisier befinden sich gegen 80 Personen noch in Haft.

Berlin, 8. Juli. Nach einer Meldung aus Moskau sind auf einem Dampfer zwei Personen, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Rathenaus beteiligt zu sein, verhaftet worden.